



Foto: Andreas Schwarz

Dr. Max Wudy

Populismus, alternative Fakten und Standespolitik

Gedanken zur derzeitigen Diskussion rund um den Wochenenddienst

Populismus: Von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen oder Abstimmungen) zu gewinnen. Dabei wird manchmal auch ein Leitwort, ein bestimmter Ausdruck erfunden. Dieser wird dann schlagwortartig gebraucht, um eine Manipulation und Instrumentalisierung der Bevölkerung für eigene Zwecke zu erreichen. Er steht unter anderem für den Vorwurf, mit leeren oder unrealistischen Versprechungen Wählerstimmen gewinnen zu wollen beziehungsweise für persönliches Machtstreben und mangelndes Verantwortungsbewusstsein für die politische Zukunft des Landes und seiner Bürger.

Alternative Fakten: Eine freundliche Umschreibung für Lügen und unbewiesene Behauptungen, die als wahr dargestellt werden. Diese werden als Manipulationsversuche, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, gewertet.

„Alternative Fakten“ ist ein Ausdruck, den die Trump-Beraterin Kellyanne Conway wiederholt in Interviews benutzte, um falsche Aussagen oder Behauptungen zu verteidigen. Sie sprach wortwörtlich von „alternative facts“.

Die Wortkombination „Alternative Fakten“ wurde 2017 zum Unwort des Jahres gewählt.

„Alternative Fakten“ entstehen, wenn Gefühle und Gerüchte als Fakten und Wissen ausgegeben werden. Ebenso entstehen alternative Fakten, wenn jemand wenig über ein Thema weiß und Wissenslücken eigenmächtig mit Ausgedachtem füllt.

Der Ausdruck „alternative Fakten“ ist auch ein Versuch, die Rea-

lität zu beschönigen und unangenehme Fakten zu verdrängen sowie die eigene Meinung zu überhöhen.

„Alternative Fakten“ werden auch als rhetorische Figur in öffentlichen Debatten angewendet, um fremde Standpunkte und andere Sichtweisen zu entwerten. Das Ziel ist es, dass Argumente Andersdenkender als unwahr gewertet werden.

Gegen „alternative Fakten“ hilft einzig und alleine das Überprüfen von Tatsachen und das Nachfragen bei demjenigen, der die angeblichen alternativen Fakten geäußert hat.

(Quellen: Wikipedia, Wiktionary, Politikwissenschaftsblog)

Was haben obige Begriffe nun mit der Standespolitik zu tun? Eigentlich gar nichts. Die Standespolitik ist zumindest in der Niederösterreichischen Ärztekammer immer von echten Fakten geprägt gewesen, Sachpolitik stand immer im Mittelpunkt auch der härtest geführten Diskussion. Persönliche Beleidigungen und Angriffe waren eigentlich unbekannt. Dies änderte sich schlagartig, als Mitte Februar die Debatte um den Wochenenddienst begann. In einer geschlossenen WhatsApp-Gruppe startete eine wilde, manchmal sinnbefreite Diskussion fernab jeder Realität. In der einen Woche, in der ich mitlas, kamen über 4.000 Postings zusammen, fast alle von 10 bis 15 Leuten geschrieben. Hunderte Male fand sich der Begriff „Freiwilligkeit“. Neue Dimensionen bekam die „Gruppe“, als sich unter der Schirmherrschaft des ehemaligen Pressesprechers des Team Stronach NÖ und Journalisten Michael Dihlmann die „Plattform Freiwilligkeit“ etablierte!

Bis Karsamstag wurden 19 Rundmails ausgesickt, eine Unterschriftenaktion mit dem Namen „Petition Freiwilligkeit“ wurde

Service - Qualität - Kompetenz



Ausschreibung von Vertragsarztstellen im Internet

Die rechtsverbindliche Ausschreibung erfolgt einmal monatlich, spätestens **bis zum 15. des Kalendermonats** im Internet unter www.arztnoe.at/kassenstellen.

Informationen:

- Frau Mag. Wohlmuth, Tel. 01/53 751 DW 232
- Ärzte für Allgemeinmedizin - Frau Eisenbarth, Tel. 01/53 751 DW 225
- Fachärzte - Frau Graner, Tel. 01/53 751 DW 246



Foto: bilderbox.com

ins Leben gerufen und ein sechsseitiges Positionspapier wurde aufgestellt. Auf den ersten Blick fasziniert das Pamphlet ob der klaren Forderungen. Denkt man aber nur ein bisschen nach, sieht man gleich, dass viele Forderungen unrealistisch sind und keine Chancen auf Umsetzung haben.

Ist jetzt Populismus, sind jetzt alternative Fakten in der Standespolitik angekommen?

Ich möchte die Frage vorerst nicht beantworten, sondern einzig und allein ein paar Tatsachen bringen, der Leser möge die Glaubwürdigkeit der „Plattform Freiwilligkeit“ selbst beurteilen.

Am 10.04.2019 fand die Kurienversammlung der niedergelassenen Ärzte statt. Bereits im Vorfeld gab es Anfragen, welche die Teilnahme und das Rederecht von Kurienmitgliedern, die nicht der Kurienversammlung angehörten, betrafen. Im Sinne einer

gelebten Demokratie sagte die Kurienführung zu und organisierte im Vorfeld geeignete Räumlichkeiten, um den Gästen die Teilnahme und das Rederecht zu ermöglichen.

Beim Tagesordnungspunkt „Wochenendbereitschaft“ meldete sich Dr. Rückert zu Wort und knallte eindrucksvoll ein ca. drei cm dickes Paket im A4-Format auf den Tisch. Er sprach von 310 Unterschriften, das seien 41,2 Prozent aller Allgemeinmediziner mit §2-Kassenvertrag, die er nun übergeben habe und dass seine Gruppierung jedenfalls klagen wird, sobald die Kurie Beschlüsse - egal in welcher Form - fasst, die sich gegen freiwillige Bereitschaftsdienste richten.

Seltsamerweise waren die Unterschriften am Ende der Kurienversammlung nicht mehr auffindbar.

Bereits im Vorfeld kamen allerdings Zweifel an den Unterschriften auf. Es unterschrieben mir bekannte Fachärzte, auch aus anderen Bundesländern und sogar Patienten wurden in zumin-



DIE GEMEINDE MOOSBRUNN

sucht zum sofortigen
Eintritt einen

Ausschreibung

Vertragsarzt für Allgemeinmedizin (m/w)

Die Planstelle umfasst alle Kassen (NÖGKK, BVA, SVA, VAEB).

Moosbrunn liegt im südlichen Wiener Umland, nur wenige Autominuten von der Bundeshauptstadt entfernt. Die Gemeinde sucht ab sofort nach einer Allgemeinmedizinerin / einem Allgemeinmediziner. Wir bieten

- die einzige Vertragsarztstelle in der Gemeinde Moosbrunn
- Räumlichkeiten für die Ordination
- finanzielle und organisatorische Startunterstützung

Bei Interesse bzw. weiteren Fragen zur Ausschreibung steht Ihnen Bürgermeister DI Paul Frühling gerne zur Verfügung.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Bürgermeister DI Paul Frühling
Telefon: +43 676 731 611 7
Mail: p.fruehling@moosbrunn.gv.at

Gemeinde Moosbrunn
Verwaltungsbezirk Bruck an der Leitha
2440 Moosbrunn, Hauptplatz 9

Telefon: +43 2234 73327
Fax: +43 2234 73327 8
Mail: gemeinde@moosbrunn.gv.at

Ärzteliste: Meldeverpflichtung bei Änderungen

Welche Veränderungen bekannt zu geben sind



Foto: bilderbox.com

Nachstehend die wichtigsten Veränderungen, die die Ärztin/der Arzt seiner Landesärztekammer binnen einer Woche schriftlich mitzuteilen hat:

- Namensänderung (bitte um Vorlage der Heiratsurkunde oder Bescheid der Behörde im Original oder in Kopie)
- » Bitte beachten Sie: Ein neuer Ärztausweis kann in der Standesführung beantragt werden.
- Wechsel des Wohnsitzes
- Eröffnung, Verlegung bzw. Schließung einer Ordination
- Gründung, Erweiterung und Schließung von Ordinations- und Apparategemeinschaften und/oder Gruppenpraxen sowie den Beginn und das Ende der Beteiligung an solchen
- Wechsel des Dienstgebers
- Verzicht auf die Berufsausübung sowie die Einstellung der ärztlichen Tätigkeit für länger als drei Monate
- Umzug ins Ausland (Einstellung der ärztlichen Tätigkeit in Österreich)
- Aufnahme einer ärztlichen Berufstätigkeit außerhalb des ersten Berufssitzes sowie die Beendigung einer solchen Tätigkeit
- Aufnahme und Beendigung einer ärztlichen Nebentätigkeit (zB Vertretungen, Schularztstätigkeit etc.)

Kontakt:

Ärzte Service Center der Ärztekammer für Niederösterreich
1010 Wien, Wipplingerstraße 2 (Eingang Wipplingerstraße 4),
5. Stock

Tel. 01/53751 - 7500 DW, Fax: 01/53751 - 282 DW

E-Mail: stf@arztnoe.at

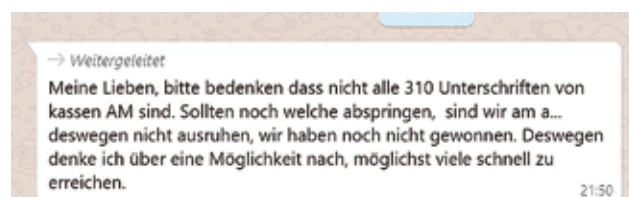
Montag, Dienstag und Donnerstag von 8:00 bis 16:00 Uhr

Mittwoch von 8:00 bis 18:00 Uhr und

Freitag von 8:00 bis 12:00 Uhr

Um telefonische Terminvereinbarung wird ersucht.

dest einer mir bekannten Ordination zur Unterschriftenabgabe genötigt. Anscheinend ist also das Verschwinden der Unterschriften Teil eines Planes, um die Überprüfbarkeit zu verunmöglichen. Als Bestätigung meiner Vermutung tauchte in der besagten WhatsApp-Gruppe folgendes Posting auf:



Ich nenne dies Manipulation und Täuschung!

In der 15. Rundmail der „Plattform Freiwilligkeit“ berichtete Michael Dihlmann, der Sprecher der Plattform, von der Kurienversammlung und der Abstimmung:

„Die Abstimmung durch die Kurienmitglieder erfolgte geheim und mit knapper Mehrheit für folgenden Vorschlag:“

Auch hier kann man wieder den Manipulationsversuch sehen. **Die Abstimmung erfolgte öffentlich und das Ergebnis war einstimmig.** Anscheinend wollte die Plattform die Zerrissenheit der KV und deren Feigheit, sich öffentlich zu deklarieren, vorgaukeln.

Ich nenne dies Manipulation und Täuschung!

Der Gipfel war noch nicht erreicht, im 17. Rundschreiben fand sich folgende Passage:

„Bezirksärzteversammlungen sind nicht dazu gedacht, sich nur die Meinung des Bezirksärztevertreters anzuhören und andere Meinungen totzuschweigen oder zu unterdrücken. Ein Bezirksärztevertreter kann zwar selbstverständlich seine eigene Meinung kundtun. Er muss aber entsprechend seines Aufgabenbereichs anderen Meinungen den gleichen Raum gewähren.“

Sollte dieses Thema Ihrer Ansicht nach in Ihrem Bezirk bisher zu kurz oder zu einseitig behandelt worden sein, dürfen Sie dieses Mail samt einer Aufforderung direkt an den Bezirksärztevertreter schicken. **Oder Sie schicken mir (unter absoluter Diskretion) ein Mail, dann werde ich mich persönlich an den betreffenden Bezirksärztevertreter wenden.“**

Hier maßt sich Herr Dihlmann, seines Zeichens Journalist, an, direkt gewählten Vertretern der Ärzteschaft, und das sind Bezirksärztevertreter nun einmal, die Leviten lesen zu wollen, wenn sie nicht im Sinne der Plattform argumentieren. Hier wird eine Stärke der Plattform suggeriert, die sich nirgends findet.

Ich nenne dies Manipulation und Arroganz!

In der 18. Rundmail ging es weiter. Unter anderem wurde mit diesem Argument zu einem NEIN geraten:

„Die außerordentlichen Honorarerhöhungen durch den neuen Bereitschaftsdienst werden der kurativen Honorarsumme zugerechnet. Das bedeutet, dass de facto keine Honorarerhöhung, sondern nur eine Umverteilung zu Ungunsten unserer täglichen ärztlichen Tätigkeit stattfindet.“

Dem ist nicht so:

Es handelt sich um eine außerordentliche Honorarerhöhung beginnend mit 1. Juli 2019 (wenn die Kurienversammlung dem letztendlich zustimmt). Diese zusätzlichen Beträge werden der kurativen Honorarsumme des Jahres 2019 hinzugerechnet.

Zudem werden wie üblich – im Nachhinein – Verhandlungen mit der NÖGKK geführt, heuer also erst das Jahr 2018 verhandelt. Neu ist allerdings, dass jedes Verhandlungsergebnis von der NÖGKK zusätzlich dem Überleitungsausschuss der ÖGK, die beim Hauptverband bis 31.12.2019 eingerichtet ist, vorzulegen ist. Dieser kann – muss aber nicht – die Thematik und Entscheidung an sich ziehen.

Bemerkenswert jedenfalls ist in nahezu allen Mails, dass der Journalist Dihlmann von „unserer täglichen ärztlichen Tätigkeit“ und von „unseren Ordinationen“ schreibt.

Auch dies nenne ich Manipulation, Anmaßung und Täuschung!

Was die Plattform gänzlich aus den Augen verliert, ist der Blick auf das Ganze. Es ist ja im täglichen Leben oft so, dass eben das Ganze größer ist als die Summe seiner Teile. Die Plattform orientiert sich fast ausschließlich an der Wochenendpauschale, die mit € 107 für 12 Stunden tatsächlich lächerlich scheint. Vergessen werden aber die Ordinationen, Visiten und Einzelleistungen, welche abgerechnet werden. Die ausverhandelte Erhöhung von € 2.175.000 mag nicht sehr hoch sein, vergessen wird aber gerne, dass mit dem Wegfall des Wochenenddienstes ein zusätzlicher zweistelliger Millionenbetrag (incl. kleiner Kassen) verloren geht. Vielleicht können einige darauf verzichten, alle jedenfalls nicht und die Kurie vertritt alle niedergelassenen Ärzte.

Was auch noch vergessen wird, absichtlich oder aus Unwissenheit, ist, dass wie jedes Jahr wieder Honorarverhandlungen ins Haus stehen. Wenn es zu keinem Abschluss beim Wochenenddienst kommt, gibt es mehrere Möglichkeiten.

- Der Vertragspartner freut sich für uns und die Honorarverhandlungen finden in gelöster Stimmung statt.
- Der Vertragspartner ist gezwungen, die Dienste irgendwie auszulagern, was natürlich Geld kosten wird. Das könnte uns zwar egal sein, wird aber die Bereitschaft der GKK zu Honorarerhöhungen über dem gesetzlichen Rahmen erschweren. Trotzdem könnte es möglich sein, die unbedingt nötigen und zum Teil bereits anverhandelten Vertragsänderungen (Trennung Neurologie/Psychiatrie, Verbesserung einzelner Fachgruppen, Verbesserungen im Bereich der Allgemeinmedizin etc.) umzusetzen. Wahrscheinlich ist dieses Szenario allerdings nicht.
- Der Vertragspartner verzichtet gänzlich auf Verhandlungen. Damit tritt der NÖ Honorarsicherungsfaktor in Kraft, der für 2018 rund 1,5 Prozent betragen dürfte. Natürlich könnte man dies leicht verschmerzen und gegen den Wegfall der Verpflichtung beim Wochenenddienst eintauschen. Leider ist die Erhöhung honorarwirksam und subsummiert sich. Über 10 Jahre geschätzt bedeuten 2 Prozent Differenz über 70 Millionen Euro zusätzlichen Honorarverlust.

Persönlich möchte ich noch anmerken, dass der Wochenendbereitschaftsdienst zu MEINEM Berufsbild des im sozialen Versicherungssystem tätigen Allgemeinmediziners unwidersprochen dazugehört.

Ich bin sicher, die NÖ Ärzteschaft ist sich bei der Abstimmung, die bei Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen war, ihrer Verantwortung bewusst geworden, konnte die Fakten richtig werten und entschied eigenverantwortlich und unbeeinflusst, wie sie dies täglich in ihrem Beruf beweist.

DR. MAX WUDY

Kurienobmann-Stellvertreter niedergelassene Ärzte

P.S.: Auch die Behauptung, dass mit dem Wegfall des Wochenendes die 5 Tagewoche kommt, fällt in die Kategorie „fake news“!

PP.S.: Die Apothekerschaft hat den Champagner bereits eingekühlt!